Evangelische Kirche in Deutschland

DOSSIER | Nr. 9 | September 2015

Thema: Flüchtlinge

„Wer verzweifelt ist, findet seinen Weg“

Bereits vor zwei Jahren besuchte der damalige EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider syrische Flüchtlinge in Jordanien. Nun reiste sein Nachfolger Heinrich Bedford-Strohm nach Ungarn und Serbien – wo Tausende um ihre Weiterreise nach Mitteleuropa kämpfen.

Der EKD-Ratsvorsitzende Bedford-Strohm mit Flüchtlingen in Serbien

Beißender Gestank liegt in der Luft, Müllberge stapeln sich, Kinder weinen, einige Menschen verrichten ihre Notdurft: In Röszke an der ungarisch-serbischen Grenze drängten Tausende Flüchtlinge in die Europäische Union, bis Ungarn den Grenzzaun ganz schloss. Während sich am Sammelpunkt auf ungarischer Seite eine lange Schlange mit Hunderten von Flüchtlingen bildete, die auf ihre Weiterfahrt mit dem Bus warteten, sah man von weitem schon unzählige weitere Flüchtlingsgruppen näherkommen.

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der bayerische Landesbischof Bedford-Strohm, reiste am 13. und 14. September durch Ungarn und Serbien, um sich ein Bild von der dortigen Lage zu machen. Eine Station seiner Reise war Röszke. Begleitet wurde er unter anderem von Cornelia Füllkrug-Weitzel, der Präsidentin der Diakonie Katastrophenhilfe. Abschottung, egal ob in Ungarn oder in Deutschland, halten beide für das falsche Mittel in der Flüchtlingspolitik. „Wer verzweifelt ist, findet seinen Weg. Wenn man in Ungarn diesen Zaun baut, dann werden die Menschen sich andere Routen nach Europa suchen“, sagt Bedford-Strohm.

Nach einem Rundgang durchs Lager ist dem Ratsvorsitzenden und Füllkrug-Weitzel die Fassungslosigkeit anzumerken. Das zu sehen sei bedrückend, sagt der Landesbischof. Und Füllkrug-Weitzel kritisiert: Ungarn komme in keiner Weise seinen Verpflichtungen aus der Genfer Flüchtlingskonvention und den EU-Bestimmungen nach. Die Regierung kümmere sich nicht darum, dass die Flüchtlinge mit dem Nötigsten versorgt würden, etwa mit Essen und Trinken. Sie überlasse diese Aufgabe ausschließlich privaten Initiativen, also Ehrenamtlichen.

Dann laufen die beiden auf den Gleisen entlang, den ankommenden Flüchtlingen entgegen. Viele sind erschöpft, einige freuen sich aber sichtlich, die Grenze zu Ungarn passiert zu haben. Von allen Seiten schallt ihnen ein „Hello“ entgegen oder ein „How are you?“. Viele Flüchtlinge wollen wissen, was nun passiert, ob die ungarische Polizei sie gut behandelt und ob es sich lohnt, nach Deutschland zu gehen. „Ihr habt ja schon so viele aufgenommen“, sagt Hamed Mohammedi, ein 20-jähriger Afghane, der zusammen mit seiner Mutter aus dem Iran geflohen ist.

Bedford-Strohm will den Menschen keine falschen Hoffnungen machen: In Deutschland sei die Situation sehr schwierig, weil schon so viele Flüchtlinge gekommen seien und es die Deutschen allmählich mit der Unterbringung nicht mehr schafften. Es sei nicht möglich, dass alle nach Deutschland kommen. Hamed Mohammedi sagt kurzerhand, dass er dann eben in Österreich bleibe, das sei auch ein schönes Land. Akrem Abdullah aus Syrien nickt zwar verständnisvoll, ruft dann aber weiter „Germany, Germany“ und „Angela Merkel is our Mama“. Deutschland bleibt sein Paradies. (mit epd)

Die hohen Zahlen von Asylsuchenden haben teilweise krisenhafte Überforderungssituationen ausgelöst. In diesen Wochen verhandelt die Bundesregierung deshalb unter Hochdruck mit den Ländern über zusätzliche Mittel zur Unterstützung der Kommunen und über ein großes Gesetzespaket. Für die EKD hält der Bevollmächtigte des Rates, Prälat Dr. Dutzmann, einen engen Kontakt. Zu den im Paket enthaltenen Abschreckungsmaßnahmen wie der Verlängerung der Pflicht Asylsuchender, in Erstaufnahmeeinrichtungen zu verbleiben, der Wiedereinführung der Residenzpflicht für diesen Zeitraum, der Absenkung von Leistungen für bestimmte Gruppen und die Ausweitung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten hat er sich kritisch geäußert. Für den 17.9. hat das Bundesinnenministerium zu einem Austausch eingeladen, am 29.9. will sich die Bundeskanzlerin mit Kirchen, Verbänden und NGOs treffen. Bundestag und Bundesrat werden sich im Oktober mit dem Entwurf befassen.

Flüchtlingskind am Münchner Hauptbahnhof

Vom Wohnen beim Bischof bis zur Hilfe für Traumatisierte

Die evangelische Kirche hilft Flüchtlingen bereits seit vielen Jahren und macht sich für eine Willkommenskultur in Deutschland stark. Mit dem großen Anstieg der Flüchtlingszahlen wurde das kirchliche Engagement noch einmal deutlich verstärkt – in den Gemeinden, diakonischen Einrichtungen oder auf Ebene der Landeskirchen. Im Folgenden einige wenige Beispiele aus einer Vielzahl von Initiativen:

Viele Ehrenamtliche begleiten Asylbewerber bei Behördengängen, versorgen sie mit Kleidung, erteilen Sprachunterricht oder helfen bei der Suche nach einer Wohnung. Ein Schwerpunkt der Hilfe ist die Unterbringung der Menschen. Da die Kommunen händeringend nach geeigneten Quartieren suchen, stellen Kirchengemeinden Wohnraum zur Verfügung, Beispiele sind Bergisch Gladbach *(www.ekd.de/dossier100)* oder das württembergische Schömberg-Langenbrand *(www.ekd.de/dossier101)*. In Hilden (Kreis Mettmann) und in Gaienhofen am Bodensee werden Flüchtlinge in früheren Gebäuden evangelischer Internate untergebracht *(www.ekd.de/dossier102)*. Der hannoversche Landesbischof Ralf Meister ging mit gutem Beispiel voran und nahm zwei junge Männer aus Afghanistan in einer Einliegerwohnung seiner Bischofskanzlei auf. Die Berliner Stadtmission hat im Bezirk Neukölln das „Sharehaus Refugio" aufgebaut. Seit Juli arbeiten und wohnen dort Einheimische mit Geflüchteten in einer Gemeinschaft zusammen. Die Stadtmission betreibt auch Notunterkünfte in einer Traglufthalle und in zwei festen Gebäuden *(www.ekd.de/dossier103)*.

Ein außergewöhnliches Wohnprojekt ist das „Grandhotel Cosmopolis" in Augsburg. Unter dem Dach eines ehemaligen Altenheims der Diakonie finden eine Flüchtlingsunterkunft, ein Hostel, verschiedene Ateliers, eine Gaststätte und ein Café Platz *(www.ekd.de/dossier104)*.

Viele Asylbewerber leben in häufig überfüllten Sammellagern. Mitglieder der örtlichen Kirchengemeinde kümmern sich etwa um die Bewohner des Erstaufnahmelagers in der Münchner Bayernkaserne *(www.ekd.de/dossier105)*. Sie organisierten eine Kleiderausgabe, Deutschkurse, Mütterberatung, Spielenachmittage und Ausflüge. Viele Kirchengemeinden sind in Freundeskreisen aktiv, wie etwa das Beispiel Stuttgart zeigt *(www.ekd.de/dossier106)*. Die Kirchenleitungen unterstützen und ermuntern die Gemeinden in ihrem Engagement *(www.ekd.de/dossier107)*.

Die Diakonischen Werke sind in der Beratung von Flüchtlingen während des Asylverfahrens sowie von anerkannten Flüchtlingen und Migranten mit Arbeitserlaubnis stark engagiert. Sie betreiben bundesweit rund 180 Fachdienste für Asylsuchende und mehr als 400 Stellen zur Migrationsberatung. Die Stellen sind teilweise kirchlich, teilweise kommunal finanziert.

Die Evangelische Schulstiftung in Mitteldeutschland hat ein Flüchtlingshilfsprogramm aufgelegt und einen Spendenaufruf gestartet. Die Kinder brauchen kein Schulgeld zu zahlen, zusätzlich soll Sprachunterricht am Nachmittag angeboten werden. Auch im Kirchenkreis Mecklenburg (Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland) nehmen evangelische Kindertagesstätten und Schulen in diakonischer Trägerschaft Flüchtlingskinder auf. In Siegen unterrichtet die Evangelische Studierendengemeinde 20 junge Männer, die aus aller Herren Länder nach Deutschland geflohen sind. Ein Studierendenpfarrer kümmert sich gemeinsam mit der Universität und dem DRK um Flüchtlinge, die in einer Turnhalle der Uni untergekommen sind. *(www.ekd.de/dossier108)*. Das Projekt „Soziale Jungs Bielefeld" *(www.ekd.de/dossier109)* richtet sich an rund 130 junge Flüchtlinge eines Berufskollegs.

Beispielhaft für das langjährige Engagement von Kirche und Diakonie steht das Projekt „Alleinreisende Jugendliche" des Diakonischen Werkes Oderland-Spree, das bereits seit 22 Jahren minderjährigen, unbegleiteten Flüchtlingen Hilfe und Unterstützung auf dem Weg in ein neues Leben bietet *(www.ekd.de/dossier110)*.

Traumatisierte Menschen brauchen professionelle Betreuung. Auch die leistet die Diakonie in psychosozialen Zentren. Drei diakonische Einrichtungen in Lübeck, Havetoft und Neumünster beispielsweise bieten zusammen mehr als 100 Plätze für unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge an. Ziel des Lübecker Modellprojekts „FLOW – Für Flüchtlinge! Orientierung und Willkommenskultur" *(www.ekd.de/dossier111)* ist es, die Integration der jungen Menschen zu verbessern. Dafür wird ein Netzwerk geknüpft; für das Patenprogramm haben sich bereits viele Dutzend interessierte Lübecker gemeldet.

Die Arbeit mit den Flüchtlingen, die aus anderen Kulturen kommen und oft traumatisiert sind, ist anspruchsvoll. Die Evangelische Landeskirche in Baden zum Beispiel hat deshalb die Zahl ihrer Beratungsstellen für Ehrenamtliche deutlich aufgestockt. Sie sind nun an 16 Standorten über das ganze Kirchengebiet verteilt zu finden. Auch die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens hat sechs neue Beraterstellen geschaffen. Die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck entwickelte ein Fortbildungsmodell, das in schriftlicher Form vorliegt und von den Ehrenamtlichen selbst angewendet werden kann. Viele Landeskirchen haben ihre finanziellen Mittel aufgestockt, um neue Projekte zu fördern und Ehrenamtliche zu unterstützen. Denn letztere sind die Hauptakteure an der Basis, in den Kirchengemeinden.

Aber auch die Situation an den EU-Außengrenzen haben die Landeskirchen im Blick. So unterstützt etwa die Evangelische Kirche im Rheinland die Flüchtlingsarbeit der kleinen Evangelischen Kirche in Marokko (Eglise Evangélique au Maroc). Gemeinsam mit der Evangelischen Kirche von Westfalen fördert sie auch zwei Projekte auf der griechischen Insel Lesbos, die den dort gestrandeten Bootsflüchtlingen Nahrung, Kleidung, Unterkunft und medizinische Hilfe verschaffen sollen *(www.ekd.de/dossier112)*.

Flüchtlinge willkommen zu heißen und aufzunehmen ist ein Gebot der Humanität und der christlichen Verantwortung: Mit einer klaren Botschaft hat sich die evangelische Kirche in der Flüchtlingsdebatte positioniert. Erstmals in der Geschichte der EKD unterzeichneten alle Leitenden Geistlichen der 20 Landeskirchen in Deutschland, unter ihnen der Ratsvorsitzende Bedford-Strohm, eine gemeinsame Erklärung (Foto) – ein deutliches Signal, wie wichtig das Thema für die evangelischen Christen in Deutschland ist.
http://ekd.de/download/20150910_gemeinsame_erklaerung_fluechtlinge.pdf

Weiterführende Links

EKD:
- *www.ekd.de/fluechtlinge*

Diakonie:
- *www.diakonie.de/fluechtlinge*
- *www.diakonie.de/engagement-fuer-fluechtlinge-wo-sie-helfen-koennen-16482.html*

Landeskirchliche Themenseiten

Baden:
- *www.ekiba.de/html/content/flucht.html*

Bayern:
- *http://akzente.bayern-evangelisch.de/flucht-und-asyl#120*

Berlin:
- *www.ekbo.de/handeln/fluechtlinge.html*

Braunschweig:
- *www.landeskirche-braunschweig.de/angebote_fluechtlingsarbeit.html*

Bremen:
- *www.kirche-bremen.de/start/23939.php*

Hannover:
- *www.landeskirche-hannovers.de/evlka-de/positionen/fluechtlinge*

Hessen-Nassau/Kurhessen-Waldeck:
- *www.ekkw.de/media_ekkw/downloads/aktuell_150730_gemeinden_fluechlinge_praxishilfe.pdf*
- *www.ekhn.de/service/angebote/diakonie-und-unterstuetzung/hilfe-fuer-fluechtlinge.html*

Mitteldeutschland:
- *www.ekmd.de/kirche/themenfelder/auslaenderfragen/*

Oldenburg:
- *www.migration-und-flucht.de*

Rheinland:
- *www.fremdling.eu*

Sachsen:
- *www.evlks.de/publikationen/texte/26020.html*

Westfalen:
- *www.evangelisch-in-westfalen.de/themen/flucht-und-asyl.html*

Württemberg:
- *www.elk-wue.de/arbeitsfelder/fluechtlingshilfe/*
- *www.diakonie-wuerttemberg.de/fileadmin/Medien/Pdf/Mg_Handreichung_Fl%C3%BCchtlinge.pdf*

Gottesdienste/Fürbitten

- *www.diakonie-katastrophenhilfe.de/gemeinden/fuerbitte/2015-fluechtlinge-haltung-von-kirchen-und-gemeinden.html*
- *www.diakonie-katastrophenhilfe.de/gemeinden/fuerbitte/2015-zur-situation-der-fluechtlinge.html*
- *www.ekd.de/download/tag_menschenrechte_2010.pdf*
- *www.evlks.de/doc/Kanzelabkuendigung_und_Fuerbitten_fuer_den_13_September_2015.pdf*
- *www.kirchenasyl.de/wp-content/uploads/2013/12/gottesdienstbroschuere1.pdf*

„Eher Chancen als Risiken“

Kirche und Diakonie setzen sich gemeinsam für Flüchtlinge ein. Fragen an den Vorsitzenden der EKD-Kammer für Migration und Integration, den hessennassauischen Kirchenpräsidenten Volker Jung, und den Präsidenten der Diakonie Deutschland, Ulrich Lilie.

Volker Jung

Ulrich Lilie

Warum sollten sich Christen für Flüchtlinge einsetzen?
JUNG: Wer die Bibel aufmerksam liest, wird merken, dass „unterwegs sein, fremd sein, auf der Flucht sein“ immer wieder eine wichtige Rolle spielt. Gott legt es Menschen besonders ans Herz, sich um diejenigen zu kümmern, die fremd sind und Hilfe brauchen. Die Hilfe für Fremde ist sogar nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, sondern sie eröffnet Begegnung mit Gott. So jedenfalls verstehe ich die Worte von Jesus Christus, der sagt: „Ich bin ein Fremder gewesen, und ihr habt mich aufgenommen.“

Deutschland erlebt in diesen Tagen eine Welle der spontanen Hilfsbereitschaft. Was muss geschehen, um die Flüchtlinge auf längere Sicht und nachhaltig zu integrieren?
LILIE: Aufenthaltsrechtliche Hürden – insbesondere beim Zugang zu Ausbildung und Arbeit – müssen abgebaut werden. Flüchtlingskinder müssen schnellstmöglich Zugang zu Schule und Ausbildung erhalten. Alle Flüchtlinge brauchen zumindest eine Gesundheitskarte, damit sie unkompliziert zum Arzt gehen können. Flüchtlinge sollten schnell in Wohnungen leben können. Dazu müssen mehr Wohnungen für alle Menschen in Deutschland mit geringem Einkommen gebaut werden. Grundlegend für die Integration von Anfang an sind Deutschkurse. Ein Einwanderungsgesetz wäre ein klares Signal, dass sich Deutschland tatsächlich als Einwanderungsgesellschaft versteht. Und die Menschen, die sich in großartiger Weise bürgerschaftlich engagieren, brauchen professionellen Beistand.

Ist Deutschland mittelfristig nicht überfordert?
JUNG: Zurzeit nicht. Das hat natürlich auch mit der wirtschaftlichen Stärke zu tun. Es ist sogar so, dass Deutschland mittelfristig Zuwanderung gut gebrauchen kann. Ökonomisch sehe ich eher Chancen als Risiken. Damit die Zuwanderung keine soziale Überforderung wird, ist Integration so wichtig. Integration wiederum gelingt nur, wenn sich eine Gesellschaft mit denen, die schon lange da sind, und denen, die hinzukommen, gemeinsam weiter entwickelt. Das geschieht nicht von selbst. Hier muss viel getan werden. Und dazu können wir als Kirche und Diakonie einiges beitragen.

Mehr Sachleistungen für Asylbewerber und weniger Geld: Was hält die Diakonie von diesen Plänen der Bundesregierung?
LILIE: Wir benötigen keine abschreckenden Maßnahmen wie die Wiedereinführung von Sachleistungen oder die verfassungsrechtlich nicht zulässige Streichung von Bargeld zum täglichen Leben, diese Schnellschüsse hat der Präsident des Bundessozialgerichts mit guten Gründen sehr kritisch kommentiert. Der bürokratische Aufwand belastet die ohnehin sehr geforderten Behörden zusätzlich. Asylsuchende allein mit Essenpaketen oder Gutscheinen abzuspeisen, ist entwürdigend. Reine Sachleistungen laufen zudem am Integrationsgedanken völlig vorbei.

Das Dublin-System, wonach Flüchtlinge in dem EU-Land Asyl beantragen müssen, in dem sie angekommen sind, ist faktisch gescheitert. Wie könnte eine gerechte Alternative aussehen?
JUNG: Wie auch immer eine Alternative aussieht, es braucht erst einmal eine grundlegende Verständigung darüber, dass die Aufnahme von Flüchtlingen eine gemeinsame europäische Aufgabe ist. Wünschenswert wäre kein länderorientiertes, sondern ein europäisches Aufnahmesystem mit Freizügigkeit innerhalb Europas. Um dies zu verwirklichen, ist ein finanzielles Ausgleichssystem für die Erstaufnahme über den europäischen Haushalt oder einen besonderen Fonds denkbar.
LILIE: Das derzeitige Dublin-Verfahren mit Zwangsüberstellungen funktioniert genauso wenig wie die aktuell diskutierte Verteilung von Asylsuchenden nach Quoten. Flüchtlinge sollten einmal frei wählen können, in welchem europäischen Land sie Asyl suchen. Menschen gehen dahin, wo sie Verwandte haben und sich gegenseitig unterstützen können. Das dient einer schnellen Integration. Für diejenigen Menschen, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt ihre Chance für ein besseres Leben suchen, brauchen wir ein modernes und zukunftweisendes Einwanderungsgesetz mit legalen Zugangswegen.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Evangelische Kirche
in Deutschland (EKD)
Herrenhäuser Straße 12
30419 Hannover

Verantwortlich:
OKR Carsten Splitt,
Leiter der Pressestelle der EKD
Redaktionelle Bearbeitung:
Kerstin Kipp, Pressestelle der EKD

Redaktion:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
Frankfurt am Main

Fotos:
S. 1 und S. 2: epd-bild
S. 3: EKD
S. 4: EKHN, epd-bild

Interesse am EKD-Dossier? Bitte registrieren Sie sich unter: **www.ekd.de/ekddossier**